

Anträgen zur Überarbeitung dieses Entwurfs vor. Darüber hinaus wurden in den Reden der Genossen Gysi und Modrow, Pohl und Klein wie auch zuvor in zahlreichen Veröffentlichungen Antwort auf viele der in Anträgen aufgeworfenen Fragen gegeben bzw. Vorschläge zur weiteren Verfahrensweise in bezug auf noch nicht entschiedene Probleme unterbreitet. Das betrifft Fragen wie Parteieigentum, Parteischulen, Mediengesetzgebung, Frauenpolitik sowie die territoriale Gliederung der DDR nach Ländern. Das betrifft des weiteren die Arbeit am Programm und am Statut der Partei. In die vorliegenden Entwürfe ist bereits eine Fülle von Gedanken, Hinweisen und Vorschlägen aus Parteitagsanträgen eingeflossen. Noch nicht verarbeitete Zuschriften haben wir den dafür zuständigen Kommissionen zugeleitet. Entschieden ist z. B., daß Helga Königsdorf in der Statutenkommission mitwirkt.

Mehrere Anträge, die während des ersten Beratungstages eingereicht wurden, sind durch Mehrheitsbeschluß entschieden. Das betrifft Anträge zur Tagesordnung und zum Wahlmodus sowie ein Antrag zur Wahl und Zusammensetzung der Schiedskommission. Andere Anträge, wie der von der Karl-Marx-Städter Delegation unterbreitete zur künftigen Nutzung der Waldsiedlung Wandlitz, sind durch Regierungsentscheid inzwischen überholt. Zur Arbeit an den Anträgen, die noch offen sind, standen der Antragskommission wenige Stunden zur Verfügung. Bei künftigen Parteitagen sollte das anders gehandhabt werden. Einige Wochen vor Parteitagsbeginn müßte dann der Schlußtermin für das Einreichen von Anträgen liegen, so daß Vorstand und Kommission Gelegenheit zu eingehenderer Prüfung haben.

Jetzt zu den heute noch offenen Anträgen, die ich in zehn Punkten bündeln werde. Erstens: Der Antrag der Delegierten der Bezirksorganisation Gera, betreffend die unverzügliche Festlegung von Maßnahmen, die die volle Souveränität der Persönlichkeit, den Schutz der Familien, Wohnungen und des rechtmäßig erworbenen Eigentums sowie volle Rechtssicherheit jedes Bürgers sichern und keinerlei Vorverurteilung zulassen. Gefordert wird, mit Hilfe eines breiten Programms der Umschulung Tausende Mitarbeiter des Partei- und Staatsapparates und der Sicherheitsorgane planmäßig in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß einzugliedern.

Die Antragskommission schlägt vor, diesen Antrag der Regierung zuzuleiten mit der Bitte um Einleitung der erforderlichen Maßnahmen. Der Parteitag sollte sich auch dafür aussprechen, materielle und finanzielle Mittel der Partei ebenfalls in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen. Geholfen werden müßte auch, worauf Genossin Helga Röstel vom Leipziger Baukombinat aufmerksam macht, den Genossinnen und Genossen Betriebszeitungsredakteuren.

Zweitens: Es gibt einen Antrag der Genossen der Volksbildung beim Rat der Stadt Dresden, er betrifft Grundsätze für die Ausarbeitung einer neuen Bildungskonzeption als Beitrag unserer Partei für ein zu entwerfendes und öffentlich zu diskutierendes Bildungsgesetz. Gefordert wird die Neuformierung des Ministeriums für Bildung sowie der Akademie der Pädagogischen Wissenschaften. Die